



**Beschlussbuch
vom XIV. Ordentlichen Landesparteitag
der SPD Mecklenburg-Vorpommern**

Gägelow, 25.-26. April 2015

Einführung einer CO2 Steuer

(Überwiesen an) Bundestagsfraktion

Der SPD Landesverband wird aufgefordert, sich für die

1. Herausnahme von überzähligen CO 2 Zertifikaten aus dem Emissionshandel,
2. Einführung einer bundesweiten CO 2 Steuer und
3. Förderung von CO 2 sparenden Technologien aus den Mitteln der einzuführenden CO 2 Steuer gemäß Pkt. 2

einzusetzen.

*Antragsbereich E/ **Antrag 2***

Kreisverband Nordwestmecklenburg-Wismar

Abkehr von der Massentierhaltung und Einführung artgerechter Tierhaltung

(Überwiesen an) AK Landwirtschaft/ländliche Räume

Die ordentliche Mitgliederversammlung der SPD Nordwestmecklenburg Wismar fordert die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns auf, gesetzliche und ordnungspolitische Vorgaben zu schaffen, die zur schrittweisen Abkehr von der Massentierhaltung und Beachtung artgerechter Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern führen.

Begründung:

Im Land Mecklenburg-Vorpommern bestehen 67 Geflügelhaltungsanlagen mit 19.000 bis 200.000 Tierplätzen. 21 geplante und z.T. gebaute Geflügelhaltungsanlagen mit insgesamt 2.608.000 Tierplätzen sind im Entstehen.

10 geplante und genehmigte Anlagen der Schweinemast und – Zucht mit 239,464 Tierplätzen sind im Entstehen.

In Geflügelmasttierfabriken in denen 28 Tiere auf einen Quadratmeter eingequetscht werden ist es kein Wunder, dass diese Haltungstierart zu stallinternen Epidemien führen und mit Antibiotika bekämpft werden. Allein 2012 wurden 800.000 Kilo Antibiotika (90 Kilo stündlich) eingesetzt – auch vorsorglich, um Epidemien zu bekämpfen. Der Chef der Weltgesundheitsorganisation Keiji Fukuda ruft zu schnellem koordiniertem Handeln gegen Antibiotikaresistenzen auf, die ein Folge der Tierbehandlungen mit Antibiotika sind. Der MRSA Erreger, der sich in Krankenhäusern ausbreitet und von da aus auch über Altenheime Ausbreitung erfährt, kann durch Antibiotika nicht mehr gestoppt werden.

Die tierquälerischen, gesundheits- und umweltschädlichen Auswirkungen der Massentierhaltung sind durch die Medien (ARG, 31.08.2011, das System Wiesenhof) hinlänglich bekannt.

Die Agrarsubventionen fördern die Massentierhaltung (die größten Agrargüter in Deutschland erhalten ein Drittel der gesamten Direktzahlungen rund 57 Milliarden Euro, obwohl sie lediglich 1,5% der Betriebe darstellen).

Die von der Landesregierung Mecklenburg Vorpommerns eingeleiteten grundsätzlichen Raumordnungsverfahren, die der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen vorgeschaltet werden sollen, sind ein erster aber nicht ausreichender Schritt, um die von der Massentierhaltung ausgehenden Gefahren für die Gesundheit der Menschen, den Umwelt- und Tierschutz zu beseitigen.